



Detailansicht des Registereintrags

Verena Holtz
VSocial

Stand vom 10.09.2024 22:20:10 bis 14.09.2024 17:55:11

Natürliche Person

Registernummer:	R006881
Ersteintrag:	20.07.2024
Letzte Änderung:	10.09.2024
Letzte Jahresaktualisierung:	–
Tätigkeitskategorie:	Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater

Hauptfinanzierungsquellen:

Keine Angaben, da noch kein Geschäftsjahr vollständig abgeschlossen wurde.

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Keine Angaben, da noch kein Geschäftsjahr vollständig abgeschlossen wurde.

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Keine Angaben, da noch kein Geschäftsjahr vollständig abgeschlossen wurde.

Mitgliedschaften (2):

1. Spitzenfrauen Gesundheit e. V.
2. D64 e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (7):

Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Unfallversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Suizidprävention

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Für Organisationen im Bereich der sozialen Sicherung sind gesetzgeberische Rahmenbedingungen von entscheidender Bedeutung. VSocial berät Organisationen dabei, welche geplanten gesetzgeberischen Entwicklungen besonders relevant für sie sind. Gemeinsam werden Strategien für die politische Interessenvertretung und Forderungen erarbeitet. VSocial entwirft außerdem Strategien für die Ansprache von Ministerien und Mitgliedern des Parlamentes und entwickelt hierfür Positionspapiere.

Konkrete Regelungsvorhaben (2)

1. Suizidpräventionsgesetz - Für eine Finanzierung von Beratungsangeboten im Bereich der Suizidprävention durch die öffentliche Hand

Beschreibung:

Nach Veröffentlichung einer nationalen Suizidpräventionsstrategie wurde angekündigt, dass es ein Suizidpräventionsgesetz geben soll. Die Interessensvertretung fokussiert sich auf die Ausgestaltung eines solchen Gesetzes.

Ziel ist es, dass das Gesetz zur Prävention von Suiziden auch Regelungen trifft, um Finanzierungsregelungen durch die öffentliche Hand für Beratungsangebote zu schaffen, die im Bereich der Suizidprävention tätig sind.

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Unfallversicherung [alle RV hierzu]; Suizidprävention

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- 1. SG2407040015 (PDF - 2 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 17.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Suizidpräventionsgesetz - Für ein gesetzliches Anrecht auf Beratung & die Festlegung von Beratungsstandards

Beschreibung:

Nach Veröffentlichung einer nationalen Suizidpräventionsstrategie wurde angekündigt, dass es ein Suizidpräventionsgesetz geben soll. Die Interessensvertretung fokussiert sich auf die Ausgestaltung eines solchen Gesetzes.

Ziel ist die gesetzliche Verankerung auf ein Recht zur Beratung zur Suizidprävention. Hierbei wird außerdem gefordert, dass gesetzliche Standards für ein solches Beratungsangebot festgelegt werden.

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]; Unfallversicherung [alle RV hierzu]; Suizidprävention

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409100021 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (1)

1. Auftrag

Austausch mit dem Parlamentskreis Suizidprävention.

Interessenbereiche: Gesundheitsförderung, Gesundheitsversorgung, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Sonstiges im Bereich "Gesundheit", Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung", Unfallversicherung, Suizidprävention

Konkrete Regelungsvorhaben: Suizidpräventionsgesetz - Für eine Finanzierung von Beratungsangeboten im Bereich der Suizidprävention durch die öffentliche Hand

Auftraggeber/-innen (1):

1. krisenchat gemeinnützige GmbH

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen:

Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Keine Angaben, da noch kein Geschäftsjahr vollständig abgeschlossen wurde.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Keine Angaben, da noch kein Geschäftsjahr vollständig abgeschlossen wurde.